

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köster in Stettin.
 Verleger und Drucker: M. Gröbmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin. Bernh. Arndt, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Gröbmann & Co.,
 Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 10. Januar. Aus parlamentarischen
 Kreisen wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben:

Der vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichte
 Briefwechsel zwischen den ostpreussischen Konser-
 vativen und dem Reichsanzeiger eröffnet eine be-
 deutende Ansicht auf die Möglichkeiten, welche
 sich für das parlamentarische Schicksal eines
 deutsch-russischen Handelsvertrags ergeben können.
 In Anbetracht der Stimmung, welche am Beginn
 der Weihnachtstagen des Reichstags herrschte, ist
 es doppelt bemerkenswert, daß nicht nur die am
 20. Dezember beschlossene Resolution des Aus-
 schusses des ostpreussischen konservativen Vereins
 den russischen Handelsvertrag mit keiner Silbe er-
 wähnt, sondern daß das begleitende Schreiben an
 den Reichsanzeiger es für eine patriotische Pflicht
 erklärt, von öffentlichen Erörterungen Abstand zu
 nehmen, welche die Verhandlungen mit Rußland
 in für Deutschland nachteiliger Weise beeinflussen
 könnten. Unter diesen Umständen konnte man zu
 der Ansicht kommen, daß in der erwähnten Reso-
 lution die Bedingungen formuliert seien, unter
 welchen die ostpreussischen Konservativen sich einen
 russischen Handelsvertrag gefallen lassen, notfalls
 sogar für denselben stimmen würden. Es
 bleibt abzuwarten, ob die Urheber der Resolution
 dieser Ansicht selbst entgegengetreten werden. Jeden-
 falls ist es aber eine Willkür, wenn der Reichs-
 anzeiger das unmittelbar praktische Begehren der
 Resolution, die Aufhebung des Identitätsnach-
 weises bei der Getreideausfuhr, in unzulässige Ver-
 bindung mit dem russischen Handelsvertrage
 bringt, die betreffende Gesetzesvorlage nur für
 den Fall des Zustandekommens dieses Ver-
 trages in Aussicht stellt. Die Absicht, die mit
 der Forderung der Aufhebung des Identitäts-
 nachweises verfolgt wird, geht dahin, dem in
 das Ausland exportierten deutschen Getreide, welches
 sich dort mit dem sogenannten Weltmarktpreis
 begnügen muß, den Vortheil des deutschen Schutz-
 zolles zu sichern. Dies würde geschehen, wenn
 bei der Ausfuhr ein Erlaubnischein ausgestellt
 würde, der den Inhaber zur sofortigen Einuhr
 einer gleichen Menge Getreide berechtigt. Dieser
 Erlaubnischein würde seinen vollen Werth nur
 dann haben, wenn der Exporteur, dem er ausge-
 stellt worden, das Recht hätte, ihn frei zu ver-
 kaufen. Der Preis eines derartigen Papiers aber
 würde, wenn verschiedene hohe Getreidepreise be-
 ständen, sich sehr verschieden nach dem niedrigen
 der höchsten Lage richten können. Nicht anders wäre
 es, wenn statt des eben angegebenen Verfahrens
 für jeden Getreide-Export eine entsprechende Zoll-
 vergütung direkt gezahlt würde; selbstverständlich
 könnte diese Zahlung nur nach dem niedrigen
 Zollsaße erfolgen. Für die am Export inter-
 essierte Landwirtschaft würde also das Bestehen
 eines Differenzialzolls gar keinen Werth haben.
 Dagegen würde der Importeur von hochpreislichem
 Getreide die strengste Festhaltung des Identitäts-
 nachweises fordern müssen, weil er nur so bei der
 Wiederansuhr die Rückerstattung des von ihm
 gezahlten Zollbetrages erwarten könnte. Mit
 anderen Worten: die Aufhebung des Identitäts-
 nachweises würde bei Differenzialzöllen gar nicht
 durchführbar sein. Deshalb kann man allerdings
 sagen, daß diejenigen, welche, wie es die ost-
 preussischen Konservativen thun, gegenwärtig die
 Aufhebung fordern, sich in dies Jagdnetzen des
 russischen Handelsvertrages schon gefangen
 haben müssen. Daraus ergibt sich, daß man
 gelegentlich des russischen Handelsvertrages auf
 überraschende Parteiveränderungen gefaßt sein muß,
 und es ergibt zugleich, wie unwirksam es ist,
 seinen Vortheil über einen solchen Vertrag im Voraus
 festzulegen.

Die Kommission für die zweite Lesung
 des Entwurfs eines deutschen bürgerlichen Geset-
 zbuchs, die ihre Arbeiten der Feiertage wegen
 unterbrochen hatte, nahm diese gestern im Reichs-
 justizamt wieder auf.

Beim Finanzminister Dr. Miquel fand
 gestern Abend ein Diner statt, an welchem der
 Reichsanzeiger, die Staatsminister und die obersten
 Reichsbeamten Theil nahmen. — Im Verlaufe
 eines Gesprächs äußerte sich Dr. Miquel dahin,
 daß mit dem gegenwärtigen Reichstage auf die
 Dauer nicht auszukommen sein werde. Der
 Finanzminister bezweifelt, daß der russische
 Handelsvertrag im Reichstag eine Mehrheit finden
 werde. Wenn der Reichstag den Wein und das
 Bier nicht beizubringen wolle, so solle man doch den
 Braumwein beizubringen. Von der Inflation
 und der Besteuerung des Kaufmanns hält
 Dr. Miquel nichts, denn die ausgiebige Be-
 steuerung des Kaufmanns könne einer Unter-
 drückung der Kaufmanns-Fabrikation gleich, und
 über die Inflationen würden die Zeitungen
 eine derartige Propaganda einleiten, daß die
 Steuer gewiß nicht durchgehen würde. Gegen
 eine Besteuerung des Tabaks nach dem Gewicht
 sprach sich der Minister energisch aus, da das
 den Wein der Tabakbauern bedeute. Letztere
 könnten sich schon jetzt kaum halten.

Am 10. Dezember 1893 wurden an
 Reichsmünzen geprägt: 1 091 945 Mark in silber-
 nen Fünfmünzen; 235 488 Mark in Einmark-
 stücken; 27 800 in Zweimarkstücken; 44 916,83
 Mark in Fünfmünzen. Die Gesamtsumme aus-
 geprägt an Reichsmünzen betrug, abzüglich d. r.
 wieder eingezogenen Stücke, Ende Dezember 1893:
 an Goldmünzen 2 734 462 700 Mark, davon
 2 171 247 780 Mark in Doppelmarken, 565 255 430
 Mark in Kronen, 27 959 490 Mark in halben
 Kronen. An Silbermünzen: 471 010 096,50
 Mark, davon 80 273 125 Mark in Fünfmünzen,
 111 742 216 Mark in Zweimarkstücken,
 184 748 386 Mark in Einmarkstücken, 71 482 435,50
 Mark in Fünfmünzen, 22 713 934 Mark in
 Zwanzigpfennigstücken. An Nickelmünzen
 51 585 283,60 Mark, davon 5 005 890 Mark in
 Zwanzigpfennigstücken, 31 233 489,20 Mark in
 Fünfmünzen, 15 345 964,40 Mark in Fünf-
 pfennigstücken. An Kupfermünzen 12 287 285,98
 Mark; davon 6 213 172,24 Mark in Zwanzigpfen-
 nigstücken, 6 074 113,74 Mark in Fünfmünzen.

Alle fünf Jahre am 24. Januar, dem
 Geburtstag Friedrichs des Großen, kommt der
 von Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1844 für
 das an Forschung und Darstellung hervorragende
 historische Werk aus der seit der letzten Verleihung
 verfloßenen Zeit gestiftete Verbm.-Preis zur Ver-
 theilung. Gerüchtheile verlautet, die aus nam-
 haften Gelehrten bestehende Kommission der
 Akademie der Wissenschaften habe in diesem Jahre
 das Werk Heinrich von Schöls: „Die Begrün-
 dung des deutschen Reiches durch Kaiser Wil-
 helm I.“ für den Preis in Vorschlag gebracht, der

Kaiser habe aber seine Zustimmung versagt, so
 daß andere Vorschläge zu machen seien. Thatsäch-
 lich steht nun der „Nat.-Ztg.“ zufolge die
 Angelegenheit folgendermaßen: Die Kommission
 hat statutenmäßig drei Werte, an erster Stelle
 das genannte Schölsche, in Vorschlag gebracht.
 Eine Meinung von höchster Stelle zu diesem
 Antrag der Kommission ist bisher noch nicht er-
 folgt. Es scheint aber allerdings, daß dem Vor-
 schlag der Kommission Schwierigkeiten entstan-
 den sind.

Die Kaiserin ist, wie wir nachträglich er-
 fahren, mit einem Weihnachtsbesuche überfallen
 worden. Es besteht in einem Modell der Kaiserin
 Wilhelms-Gedächtniskirche und ist ein Geschenk
 ihres Erbprinzen, des Herrn Baurath Schwegler.
 Das Parlament fest sich aus verschiedenen Ein-
 forsten zusammen, die beim Bau der Kirche ver-
 wendet sind, und das Modell selbst ist ziemlich aus-
 gezeichnet. Das Ganze hat eine Höhe von
 nahezu drei Metern. Das Werk wird demnächst
 mit Erlaubnis der Kaiserin in der gegenwärtigen
 Akademie-Ausstellung einen Platz erhalten.

Breslau, 9. Januar. In der heutigen
 Sitzung der Breslauer Handelskammer wurde der
 Geschäftsbericht der Börse für das Jahr 1893
 verlesen. Der Syndikus Gehrmann bemerkte dazu,
 daß der Bericht ein trauriges Bild biete und
 zeige, wie der Verkehr an der Börse seit Ein-
 führung der Börsensteuer immer mehr zurück-
 gegangen sei. Wenn nun die projektirte neue
 Steuer Gesetz würde, würde der Verkehr noch
 weit mehr zurückgehen.

Hamburg, 9. Januar. Heute Vormittag
 hat der von der deutschen Regierung gecharterte
 Dampfer „Admiral“ mit dem für Westafrika be-
 stimmten Detachement den Hafen verlassen. Der
 Führer der Truppe, Hauptmann Campz vom
 zweiten Seebataillon, hielt vor der Abfahrt eine
 Ansprache an die Mannschaften, die mit stürmischer
 Begeisterung aufgenommen wurde.

Aus Mecklenburg, 8. Januar. Den
 „Dg. N.“ wird geschrieben:

Die bereits vor einigen Wochen als bevor-
 stehend gemeldete Aufhebung der Festung Dömitz
 ist am 2. d. zur vollendeten Thatfache geworden,
 indem an diesem Tage die daselbst befindlichen
 23 Sträflinge der mecklenburgischen Truppen zur
 Verbüßung ihrer fernerer Haft nach der preußi-
 schen Festung Spandau gebracht wurden und die
 Festung als solche zu bestehen aufhörte. Durch
 diese, seit Jahren schon geplante Vereinigung der
 beiden mecklenburgischen Festungen mit der
 preussischen und Aufhebung von Dömitz als
 Festung wird nicht allein eine Ersparnis von
 jährlich rund 20000 Mark erzielt, sondern auch
 manche Unzulänglichkeiten beseitigt. Auf
 20 mußte z. B. ein Soldat des in Kolmar gar-
 nisonirenden mecklenburgischen Jäger-Bataillons
 Nr. 14, der ein Verbrechen begangen hatte, zur
 Untersuchung und Aburtheilung durch das meck-
 lenburgische Militärgericht vom Elsaß nach
 Schwerin und von dort zur Verbüßung seiner
 Strafe nach Dömitz transportirt werden. Die
 frühere Festung Dömitz mit ihren weiten Höfen,
 Wällen, Gärten, Schießplätzen und jetzt leerstehen-
 den Gebäuden, welche zu einem gewiß billigen
 Preise vom Staate verkauft werden dürften, bietet
 die günstigste Gelegenheit zur zweckmäßigen und
 wohlfeilen Anlage einer Artillerieschießschanze,
 oder Laboratorien, Munitionslager und ähnlichen
 derartigen militärischen Einrichtungen für das
 Reichsheer, und man hofft in Mecklenburg drin-
 gen, daß man in Berlin diese günstige Gelegen-
 heit benutzen werde. Der kleinen Stadt Dömitz
 selbst, in welcher viele Einwohner durch die
 jetzige Aufhebung der Festung sehr empfindlichen
 Mangel erleiden, würde durch die Errichtung
 derartiger Einrichtungen von Seiten des Reichs
 eine bedeutende materielle Beihilfe gewährt
 werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Januar. Die „Gazetta di
 Venezia“ bringt, wie hierher telegraphirt wird,
 die sensationelle Meldung, daß an das General-
 kommando in Venedig und Trient der Befehl
 ergangen sei, die Grenzposten gegen Frankreich
 sofort zu besetzen und die Strandbatterien an
 typischen Meer zu armiren. Ebenso hätten
 mehrere Armeekorps Befehl erhalten, sich in
 Kriegsbereitschaft zu setzen. Diese Meldung ruft
 in so großer Erregung hervor, als das Gerücht
 auftritt, daß die italienische Regierung positive
 Beweise dafür in Händen habe, daß Frankreich den
 Zustand in Sizilien weiter unterhalte.

Wien, 9. Januar. Der Dalmatier Er-
 zbischof Koln, der zum ersten Male im Landtage
 zu Brinn erschien, leistete die Angelobung in
 deutscher Sprache, wofür die Gesellen ihm leb-
 haft jubelten. Ein Gegenblatt schreibt, das
 geistliche Volk werde dies dem Erzbischof stets
 dankbar gedenken.

Wien, 9. Januar. Nach Meldung der
 „Polit. Korresp.“ ist der Befehl des russischen
 Admirals Melnikow in Folge der b. vorübergehenden
 dreiwöchentlichen Reise Melnikows nach Petersburg
 verschoben worden.

Kinz, 9. Januar. Die Revolution der Sträf-
 linge im Zuchthaus zu Grafen dauern noch
 immer an. Am Neujahrstage versuchten die Thüren
 zu erschrecken, was aber von der Wache verhindert
 wurde. Am Donnerstag revoltirten die Sträf-
 linge in der Verbstadt, wobei ein Gefängniß durch
 einen Schießhieb und ein anderer durch einen Ba-
 ionnettstich verwundet wurde. Am Freitag ent-
 stand beim Rapport ein Erzeß und bei dem
 darauf vorgekommenen Kampfe mit der Wache
 wurden weiter zwei renitente Sträflinge schwer
 verwundet.

Prag, 9. Januar. Heute kamen hier Aus-
 schreitungen vor anläßlich des Leichenbegängnisses
 des Soldaten Mataschek, welcher im Kampfe mit
 einem Polizeiwachmann, gegen dessen dienstliches
 Eingreifen er sich zur Wehr gesetzt hatte, getödtet
 worden war. Die angesammelten Volksmassen
 drängten vom Forc gegen den Pulverturm, so
 daß die Polizeiwache von dem Schloß Gebrauch
 machen mußte. Drei Personen wurden verhaftet.
 Prag, 9. Januar. Der veranwortliche Re-
 dakteur der von der Behörde unterdrückten Zeit-
 schrift „Neobioskop“, Dain, wurde wegen Störung
 der öffentlichen Ruhe, bewirkt durch einen Artikel
 in der genannten Zeitschrift, zu acht Monaten
 schwerenerkers verurtheilt.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 7. Januar. (Bos-
 Ztg.) Wir leben in einer Zeit der Volksinitiative.

Seit diejenige über das Schächten oder richtiger
 über die Bekämpfung des Schächts die Ab-
 stimmung hinter sich hat, sind es drei andere,
 die unsere politische Welt in Atem halten: diejenige
 über das Recht auf Arbeit, für welche die ge-
 forberten 50 000 Unterschriften beizubringen sind,
 sowie zwei, wofür jedoch Unterschriften gesammelt
 werden: die Initiative für die unentgeltliche
 Krankenpflege und meistens auch die sogenannte
 Zollinitiative. Daß das Recht auf Arbeit in die
 Bundesverfassung aufgenommen werde, daran ist
 nicht zu denken. Man kann sich sogar fragen,
 ob die Zahl der Stimmen, die sich für sie er-
 geben werden, wesentlich größer sein werde als
 die Zahl der gesammelten Unterschriften. Denn
 daß das Prinzip undurchführbar, hat die öffent-
 liche Erörterung auch vielen gezeigt, welche die
 Initiative mit einer gewissen Begeisterung unter-
 zeichneten, und die geringfügige Weise, wie
 Vebel sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag
 in Köln über das Recht auf Arbeit und die Utopie
 der Schweizer Genossen aussprach, wirkte auf
 diese als kalter Wasserstrahl. Getheilte Meinung
 ist man jedoch bei den übrigen Parteien darüber
 ob das Initiativbegehren von der Bundesverfassung
 einfach abgelehnt oder von ihr ein Gegen-
 vortrag gemacht werden soll. Wie erinnert,
 beruht hierüber die radikale demokratische Fraktion
 der Bundesversammlung, wo Curti in vorläufiger
 Fassung die Aufnahme eines Artikels über die
 Arbeitslosigkeit oder den Arbeitsnachweis und die
 Unterstüßung der Arbeitslosen in der Verfassung
 beantragte — ein Antrag, der hauptsächlich die
 Unterstüßung des Berner Stadtpräsidenten Müller
 und des Basler Regierungsraths Brenner fand.
 Der Arbeitsnachweis kann auf dem Gebiete einer ein-
 zelnen Gemeinde oder eines einzelnen Kantons
 nicht gehörig beverleitet werden; deshalb wäre
 ein Nationalgesetz über die Arbeitslosigkeit von
 Werth, und sie allein vermöchte eine umfassende
 Organisation zu schaffen. Nicht unwahrscheinlich
 ist, daß die schweizerische sozialdemokratische Partei
 oder doch viele Sozialdemokraten für eine Vorlage
 der Bundesversammlung stimmen werden, welche
 die Sorge für die Arbeitslosen an die Stelle des
 Rechts auf Arbeit setzt. Sie würden dabei nach
 dem Spruche handeln, daß der Spas in der
 Hand mehr werth sei als die Taube auf dem
 Dache. Schon Fichte behandelte dieses Problem;
 er wußte und schrieb aber, daß nur der
 Monopolstaat, der selber alle Arbeit vergeben
 könne, das Recht auf Arbeit einzuführen im
 Stande wäre. Zahlreich sind die Veranlassungen
 in denen die Initiative für die unentgeltliche
 Krankenpflege und das Tabakmonopol befristet
 wird. Mehrere Vorträge über diesen Gegen-
 stand hielten der Arbeiterkreis in Genéve, und der
 katholische Geistliche Professor Bed. Dabei
 erlitt der letztere im eigenen Lager heftige Anfein-
 dungen, zumal vor einigen Tagen auf einer Ver-
 sammlung in Stans, wo ihm Herr Balingier,
 bischöflicher Konviktsrat, gegenübertrat. Clericus
 clerum non deamat, heißt es sonst; hier aber
 behandelte der bischöfliche Konviktsrat seinen
 Standesgenossen in nicht eben liebevoller Weise.
 Da Bed sich auf die Bulle des Papstes über die
 Arbeiterfrage berufen hatte, hielt er ihm entgegen,
 der Papst habe vielmehr in seiner Bulle die
 Heiligkeit des Eigentums hervorzuheben, während
 man die Jungatholiken, im Grunde mit der roten
 Internationale, das Eigentum gefährdeten, indem
 sie das Tabakmonopol einführen und die Gewerbe-
 freiheit zu Falle bringen wollten. Balingier fragte
 Herrn Bed, wo er denn für seine Agitationsreisen
 einen Erlaubnis seines Bischofs erhalten habe, was
 wie eine Drohung klang und eine Maßregelung
 beschränkt, die freilich auch bei den Gegnern
 der Initiative, soweit diese Liberale sind, mit Un-
 willen aufgenommen werden würde. Man will
 nicht glauben, daß die Bischöfe den Geistlichen die
 Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte unterzogen
 dürfen. Abgesehen von diesem Zwischenfalle, ist
 die Spaltung sehr bemerkenswerth, welche die Be-
 wegung in der katholischen Partei betrifft. In
 St. Gallen und St. Gallen sollen die Unter-
 schreibenden von den Katholiken feig unterzeich-
 net werden; in der inneren Schweiz hingegen fin-
 det die Initiative bei manchen Politikern und
 Zeitungen starken Widerstand. Die Zollinitiative
 endlich hat den konservativen Publizisten Dürren-
 matten und verschiedene konservative Katholiken und
 Protestanten zu Urhebern. Die Auslegung, die
 sie veranlassen, ist groß; alle Bundesgenossen
 der Elemente verwerfen die Forderung des
 Begehrens, daß jährlich sechs Millionen Franken
 von den Zolleinnahmen an die Kantone abgegeben
 werden sollen. Auch die Bedingung, daß hiervon
 die Hälfte für Schul- und Armenwesen aufzu-
 wenden sei, kann sie nicht beseitigen, denn nicht
 etwa Mehreinnahmen der Kantone zu diesen Zwecken
 sind gemeint. Man wirft der Initiative vor, ihre
 Folge würde eine Steigerung der Lebensmittelpreise
 und in den Kantonen eine Entlastung des steuer-
 baren Kapitals sein; überhaupt würde sie den
 Bund schwächen und einen Sieg obskursionistischer
 partikularer Strömungen bedeuten.

Wien, 9. Januar. Da sämtliche die Schweiz
 umgebenden Staaten stehende Armeen mit langer
 Dienstzeit hatten, mußten sich längst manche
 Schweizer fragen, das gegenwärtige Militärsystem
 mit seiner auf wenige Wochen beschränkten Dienst-
 zeit dürfte nicht mehr zeitgemäß sein. Am letzten
 Sonntag hat nun eine Berner Offiziersversam-
 lung beschlossen, für Einführung einer ständigen
 Armee mit einjähriger Dienstzeit Aufstrengungen
 zu machen. Beim Volk ist dieser Gedanke seiner
 Neugier wegen natürlich unpopulär.

Belgien.

Brüssel, 7. Januar. Der Oberbefehl über
 die Maasbeschießungen und über die Festung An-
 werpen wird laut Entscheidung des Kriegsministers
 der Generalleutnant übertragen werden, die den
 Titel Generalgouverneur führen werden. Die Er-
 nennung steht unmittelbar bevor.

Belgien befindet sich angeblich nicht nur
 in einer politischen, sondern auch in einer „feminis-
 tischen“ Krisis. Im Ausschusse des „belgischen
 Verbandes für Frauenrechte“ kam es zu bänstlichen
 Zwistigkeiten, in Folge deren der Generalsekretär
 und Gründer des Verbandes, Rechtsanwalt Louis
 Frank, nebst einer großen Anzahl anderer Mit-
 glieder ihren Austritt erklärten und eine eigene,
 ebenfalls der Förderung der Frauen-Emancipation
 gewidmete Gesellschaft ins Leben zu rufen beab-
 sichtigten.

Brüssel, 9. Januar. Das Schwurgericht
 verurtheilte heute den Anarchisten Andries, welcher
 bei der Abfahrt des Herzogs von Sachsen-Coburg-
 Gotha auf dem Bahnhofe anarchische Rufe laut

werden ließ, zu einjähriger Gefängnis und 300
 Franken Geldbuße. Während der Verurtheilung der
 Jury gelang es Andries, zu entkommen.

Das Schloß des Königs von Belgien zu
 Laeken, das vor drei Jahren bis auf den Grund
 niederbrannte, ist jetzt vollständig wieder aufgebaut
 und wird im Laufe dieser Woche von der könig-
 lichen Familie bezogen werden.

Frankreich.

Paris, 8. Januar. Die gestrigen Senatoren-
 wahlen betrafen 94 Sitze, von denen 89 auf die
 scheidende Serie entfielen, während durch die fünf
 übrigen vier verstorbene Senatoren und der aus
 dem Senat in die Kammer zurückgekehrte Goblet
 zu ersetzen waren. Weitens die meisten Resultate
 sind heute Morgen schon bekannt, sie bedeuten
 einen neuen Sieg der Republik, welche der Rechten
 acht Sitze abnimmt. Vierzehn Monarchisten be-
 hielten sich unter den scheidenden Senatoren, vier
 hatten ihre Kandidatur nicht aufgestellt, darunter
 Marschall Canrobert und Boyer, alle vier wurden
 durch Republikaner ersetzt; von den zehn andern
 sind fünf wiedergewählt, alle, die Carné, Huno de
 Penanster, Olivier, Danguemar des Portes, de
 l'Angle-Beaumanoir im bretonischen Departement
 Cotes du Nord, welches die letzte Burg der Mo-
 narchisten bildet. Ein sechster, Martell, ebenfalls
 als Vertreter der Charente, welche an Stelle des
 Marschalls Canrobert und des Generals Marquis
 de Bremond d'Ars Republikaner wählte, in den
 Senat zurück, aber mit einem republikanischen
 Programm. In dem bretonischen Departement
 Finistère wurden die letzten Monarchisten, Sou-
 gent, de Guen und de Raimées geschlagen; das
 Gleiche gilt vom Aveyron, wo Desol und Lacombe
 unterlagen.

Die meisten Republikaner wurden wiederge-
 wählt, unter denen, welche ihren Mitbewerbern
 weichen mußten, im Ganzen elf, sind der bekannte
 Diplomat Waddington, der während der letzten
 zehn Jahre Frankreich in London vertrat, der
 Epäpator Dide, ein Fortschrittsmann nach süd-
 ländlicher Manier, und der Oberst Meinabier, der in
 militärischen Fragen als Sachkundiger mitredete,
 zu nennen. Der Senatspräsident Challeme-
 l'Acquer wurde in Marseille im ersten Wahlgang
 wiedergewählt. Dort drang auch der Abgeordnete
 Fehral, der frühere Finanzminister durch. Ein
 einziges Regierungsmitglied hatte die Wahlprobe
 zu bestehen, der Unterrichtsminister Spuller, und
 er wurde in der Cote d'Or wiedergewählt. In
 Paris siegte der ehemalige Konseil- und Kammer-
 Präsident Floquet, wie bereits gemeldet, mit 372
 Stimmen über den republikanischen Gemeinderath
 Auger und den Sozialisten Konquet, von denen
 der eine 176, der andere 98 Stimmen erhielt.
 Auch Christoph, ein rühriger Mann, der an der
 Spitze eines Syndikats steht, welches überall die
 großen Magazine bekämpft, erzielte 34 Stimmen
 und eine der Monarchisten Chofet. Mit dem Dr.
 Gerente, der in Algerien einen radikalen und den
 ehemaligen Abgeordneten Kettler aus dem Gelde
 jagte, hält der Sozialismus offen seinen Einzug
 in den Senat, nicht der revolutionäre, sondern der
 Sozialismus der Mitterand und Goblet. So
 lange der letztere im Senat saß, hatte er sich
 gegen die Bezeichnung als Sozialist verwahrt,
 während der neue Vertreter Algeriens sich als
 solcher wählen ließ. Außer Fehral wurden noch
 fünf andere Abgeordnete und acht ehemalige Mit-
 glieder der Kammer in den Senat gewählt. Unter
 den ersten befindet sich der oft genannte Bor-
 rillan aus Nizza, d. r. wegen seines angeblichen
 Separatismus schwere Aufsehungen zu bestehen
 hatte, unter den letzteren José Joffre, der Historiker
 der Jungfrau von Orleans.

Paris, 9. Januar. Deputirtenkammer. Der
 Alterspräsident Blanc hielt bei der heutigen Er-
 öffnung der neuen Session eine Ansprache, in
 welcher er die Kammer ermahnte, auf die Wünsche
 des Landes Bedacht zu nehmen und zusammen-
 zu treten, damit das große Werk der Gerechtigkeit
 und der Verwirklichung seiner Vollendung entgegen-
 geführt werden könne. (Beifall.) Mehrere
 Interpellationen sind angemeldet, unter denen eine
 über das in Neuen erlangene Verbot der Auf-
 führung zweier Theatervorstellungen mit dem Titel
 „Die Freuden in Vöhringen“ und „Die Märtyrer von
 Straßburg“. Bei der hierauf stattfindenden
 Präsidentenwahl stellte sich die Beschlußfähigkeit
 der Kammer heraus. Die Wahl wurde auf
 Donnerstag verlegt. — Für den Zutritt zu den
 Tribünen waren heute strenge Maßregeln ge-
 troffen.

Der Deputirte Gage brachte heute in der
 Deputirtenkammer einen Antrag ein, wonach die
 Zölle für Herkunfte aus Ländern, in denen ein
 Goldagio besteht, einen Zuschlag erfahren sollen,
 welcher diesem Agio entspricht.

Der Senat hielt eine kurze Sitzung, welche
 sein besonderes Interesse bot.

Paris, 9. Januar. Wie aus Buenos-Ayres
 gemeldet wird, hat der argentinische Finanzminister
 Terry 500 000 Pfaster in Papier verbrennen
 lassen, welcher Betrag allmonatlich zur Ver-
 breunung bestimmt ist.

Nach einer Meldung aus Santiago wurde
 von einer Volkskammer der Versuch gemacht, sich
 einer Artillerieoffiziere zu bemächtigen. Der Ver-
 such wird den Balmacedisten zugeschrieben. Zwei
 Personen wurden verhaftet.

Aus Rio de Janeiro wird telegraphirt, daß
 auf dem Geschwader des Admirals Salbaha
 in Folge eines monarchistischen Manifestes Dis-
 fektionen vorgekommen seien.

Spanien und Portugal.

Madrid, 9. Januar. Bürgermeister Angulo
 hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen. Die
 Einnahmen der Gemeindeverwaltung nehmen
 fortwährend ab.

Großbritannien und Irland.

London, 9. Januar. Unterhaus. Der
 Staatssekretär des Krieges, Campbell Bannerman,
 erklärt, der Herzog von Cambridge habe
 nicht die Absicht, nach Malta zu gehen, werde
 aber in einigen Wochen Gibraltar anlaufen. Es
 sei kein Grund vorhanden, den Herzog aufzu-
 bern, über die Befestigungswerke von Gibraltar
 Bericht zu erstatten. Unter künftigt für die
 nächste Session einen Antrag an, in welchem es
 für eine Ungerechtigkeit gegen die Arbeiterklasse er-
 klärt wird, Steuern auf Thee und ähnliche Ar-
 tikel zu erheben, um durch eine Besteuerung an dem
 Reichthum eine Verminderung der Lohalschäden
 zu bewirken, und in welchem geordert wird, daß
 die Besteuerung sofort in dem Maße herabgesetzt
 werde, daß die gänzliche Aufhebung des Zolles

auf Thee, Kaffee, Kakao und getrocknete Früchte
 erfolgen könne.

London, 9. Januar. Die Regierung hat
 bisher keine Nachricht über das Gerücht von der
 Demission des Präsidenten Petoto erhalten. Der
 hiesige brasilianische Gesandte erklärt das Gerücht
 formell für unwichtig.

London, 9. Januar. Der „Times“ wird
 aus Petersburg bestätigt, daß Schischkin den Bot-
 schafter Melnikow in Konstantinopel erlegen und
 daß letzterer an Stelle Mohrenheims Botschafter
 in Paris werden soll. Mohrenheim werde einen
 Sitz im Reichsrathe erhalten und Fürst Dolobsky
 werde Nachfolger Schischkins als Gesandte von
 Oestreich werden.

Nach einer Depesche aus Washington lan-
 deten amerikanische Truppen bei Honolulu, nach-
 dem der amerikanische Vertreter Willis vergeblich
 den Rücktritt der provisorischen Regierung von
 Hawaii verlangt hatte. Es fanden blutige Kämpfe
 statt. Willis erhielt seine Pässe und verließ Hono-
 lulu am Bord eines amerikanischen Kreuzers.

London, 9. Januar. In einem heute Nach-
 mittag abgehaltenen mehrstündigen Ministerrath
 wurden die Vorschläge des Marineministers Lord
 Spencer zum Bau einer großen Anzahl mäch-
 tiger Kriegsschiffe, Kreuzer, Kanonenboote und
 Torpedobootzerflörer, sowie zu einer wesentlichen
 Vermehrung der Mannschaften der Flotte endgültig
 genehmigt.

Schweden und Norwegen.

Der am 7. d. M. in hohem Alter verstorbene
 norwegische Politiker Eeren Saabst war in den
 älteren Verfassungskämpfen des genannten politisch
 viel durchwühlten Landes ein Hauptführer jenes
 demokratischen Bauernthums gewesen, welches
 sich im Namen „eines armen Landes und Land-
 volkes“ besonders agitatorisch gegen die herr-
 schende Bureaukratie und ihre vermeintlich zu
 hohen Einkünfte wandte. Dieser Thätigkeit ver-
 dankte er einen besonderen Haß von Seiten jener
 Klasse, über dessen drastische Ausweisungen Arne
 Garborgs berühmter Christinnia-Roman „Bauern-
 furduren“ sehr charakteristische Mittheilungen ent-
 hält. Mit der neuesten Aktion des norwegischen
 Radikalismus war der populäre alte Großbauer
 nicht einverstanden; erst jüngst richteten die demo-
 kratischen Führer über seine Stellung zu der
 Unionsangelegenheit eine inquisitorische Anfrage
 an ihn, die er ausweichend, aber mit durchdrin-
 genden Wänsen für den Fortbestand der Union bei
 voller Gleichberechtigung beider skandinavischen
 Völker beantwortete. Mit ihm ist aus dem
 öffentlichen Leben Norwegens eine interessante
 Charakterfigur verschwunden.

Rußland.

Warschau, 9. Januar. Zu den Befinden
 des General-Gouverneurs Gurko ist infolge einer
 Besserung eingetreten, als die Muthungen der
 rechten Kopfsseite etwas nachgelassen haben und das
 Sprachvermögen soweit zurückgekehrt ist, daß der
 Kranke sich nothwendig mit seiner Umgebung ver-
 ständigen kann.

Türkei.

Aus Konstantinopel wird der „Krenz-Ztg.“
 geschrieben:

„Entlich sind aus Albanien selbst direkte und
 authentische Meldungen entgegengesetzt, die einiges
 Licht über die Entstehung der widerprüchlichen
 Berichte, betreffend die dortigen Vorgänge, ver-
 breiten. Es mußte nach den Erfahrungen, die man
 wiederholt mit den Nachrichten von dort ge-
 macht hat, von vornherein angenommen werden,
 daß die Vorfälle gar nicht jene Bedeutung haben,
 die man ihnen dort gegeben hat, wo man, wie in
 Genua und Belgrad, stets geneigt ist, jeden Kauf-
 handel, der in Albanien zu verzeichnen ist, auszu-
 dauern, daß es aber gleichwohl nicht anhebt, die
 begünstigen Meldungen als völlig grundlos zu be-
 zeichnen.“

Man hat es vielmehr mit lokalen Vorgängen
 zu thun, die aber ebenfalls genug sind, wenn es
 sich gleich nur um Raubzüge handelt. Unter solchen
 hat besonders das Vilayet Monastir zu leiden, wo
 sich seit einigen Jahren, d. i. seitdem der frühere
 Generalgouverneur Rifad Pascha verlegt worden,
 in dieser Beziehung manches verschimmelt hat.
 Letzterer ist energisch vorgegangen und hat es
 verstanden, dem Treiben der räuberischen Anru-
 der zu steuern und für die Sicherheit der Land-
 bebauung zu sorgen. Der gegenwärtige Gouver-
 neur Raif Pascha mag wohl ebenfalls den guten
 Willen haben, allein es ist ihm nicht gelungen,
 der Bevölkerung den erforderlichen Schutz gegen
 die im großen Maßstabe sich häufenden Raubzüge
 zu bieten. Besonders aus dem armenischen Be-
 zirke Diobras rekrutiren sich die Räuberbanden,
 und der religiöse Fanatismus trägt das seinige
 dazu bei, um die

zufliegen geblieben.